GENDER OPEN REPOSITORIUM

Greed Economy – Green Economy – Gender Equality? Perspektiven einer geschlechter_gerechten (und grünen) Ökonomie :

Habermann, Friederike; Röhr, Ulrike

2012

https://doi.org/10.25595/1831

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Habermann, Friederike; Röhr, Ulrike: *Greed Economy – Green Economy – Gender Equality? Perspektiven einer geschlechter_gerechten (und grünen) Ökonomie :* , in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 21 (2012) Nr: 1, 115-122. DOI: https://doi.org/10.25595/1831.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Lorde, Audre, 1984: The Uses of Anger. In: Lorde, Audre: Sister Outsider: Essays and Speeches. Berkeley, 124-133.

Martens, Michael, 2011: Keine Parteien, nur empörte Bürger. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.6.2011. Internet: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/griechenland-keine-parteien-nur-empoerte-buerger-1651668.html (29.1.2012).

Oldag, Andreas, 2011: Was die Plünderer klauten. In: Die Süddeutsche, 16.8.2011. Internet: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/2.220/unruhen-in-england-gangster-chic-und-durchfallmittel-1.1131 (29.1.2012).

Perger, Werner A., 2011: Sanfte Wut. In: Die Zeit, 26.5.2011. Internet: www.zeit.de/2011/22/Spanien-Aufruhr (29.1.2012).

Sauer, Birgit, 2007: Gefühle und Regierungstechnik. Eine geschlechterkritische politikwissenschaftliche Perspektive. In: Neumayr, Agnes (Hg.), Kritik der Gefühle. Feministische Positionen. Wien, 168-186.

Spelman, Elisabeth V., 1989: Anger and insubordination. In: Garry, Ann/Pearsall, Marilyn (Hg.): Women, Knowledge, and Reality: Explorations in Feminist Philosophy, Boston u.a., 263-274.

Greed Economy – Green Economy – Gender Equality?

Perspektiven einer geschlechter_gerechten (und grünen) Ökonomie

FRIEDERIKE HABERMANN. ULRIKE RÖHR

Im Vorfeld und während der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wurde viel diskutiert über die Notwendigkeit, soziale, ökologische und ökonomische Fragen zusammenzudenken, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen herzustellen. Doch 20 Jahre später haben sich die globalen Trends nicht verbessert, sondern verschlechtert.

„Green Economy" lautet das Zauberwort, mit dem die internationale Staatengemeinschaft nun die großen Krisen unserer Zeit bewältigen will – von der Ressourcenverknappung über den Klimawandel bis hin zur steigenden Armut. Bis Ende Juni 2012, wenn, wiederum in Rio de Janeiro, die Rio+20-Konferenz stattfindet, soll eine neue Vereinbarung zwischen den UN-Staaten stehen. Die internationale Frauenbewegung ist, wie schon vor zwei Jahrzehnten, hoch motiviert und engagiert, ihre Sichtweisen in die Dokumente einzubringen. Aber wie wird das Thema bei uns in Deutschland von den Frauen(organisationen) diskutiert?

Eine Vielzahl von Veranstaltungen und Veröffentlichungen unterschiedlichster Akteure – von den Grünen und der Heinrich-Böll-Stiftung, über die Gewerkschaften

bis hin zu Industrieverbänden – haben in den beiden vergangenen Jahren die „Green Economy“ oder den „Green New Deal“ diskutiert. Mögen die Ansätze auch unterschiedlich sein, eines war allen gemeinsam: Es waren Diskussionen, die deutlich männlich dominiert und fast vollständig unter Ausschluss von Frauen stattfanden. Fast zwangsläufig drängte sich damit die Frage auf, ob unsere Zukunft einmal mehr von Männern mit häufig auf Erwerbswirtschaft und Wachstumszahlen verengter Sichtweise bestimmt werden soll. Das würde bedeuten, dass die „Green Economy“ wieder vorrangig auf Güterproduktion und hier speziell auf Umweltwirtschaft bezogen werde, während die gesamte Versorgungswirtschaft – bezahlt und unbezahlt – außen vor bliebe. Damit würden die vorherrschenden ökonomischen Paradigmen nicht in Frage gestellt und blieben im System verhaftet. Von Transformation keine Spur.

Anlass genug, um gemeinsam mit Frauenorganisationen wie dem Deutschen Frauenrat und Expertinnen aus Ökonomie, Umwelt und Gender die Diskussion voranzutreiben und unter die Frauen zu bringen. Von genanet – der Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit – initiiert und vom Bundesumweltministerium finanziell unterstützt konnte das Projekt G3: Green Economy Gender_gerecht im Frühjahr 2011 seine Arbeit aufnehmen. Die Schreibweise „Gender_gerecht“ soll dabei ausdrücken, dass Gerechtigkeit für jeden Menschen angestrebt und nicht auf Geschlechtergerechtigkeit begrenzt verstanden wird.

Wir möchten im Folgenden den Prozess skizzieren und den Inhalt des Diskussionspapiers „Green Economy – gender_gerecht“ darstellen – auch in der Hoffnung, das Interesse zu wecken, es als Anstoß zu nehmen, in eigenen (Frauen-)Zusammenhängen weiter zu diskutieren. Auch in diesem Sinne werden Beispiele bereits erfolgter Ergänzungen des Papiers kurz vorgestellt. Abschließend folgt ein kurzer Ausblick im Zusammenhang mit dem weltweiten Rio+20-Prozess.

Green Economy: Gender_gerecht! Ein Prozess …

Ein jeder Prozess hat seine Hürden. Beginnen wir mit diesen. Hürde Nr. 1: Begrifflichkeiten. Gleich zu Beginn stand eine schwerwiegende Entscheidung an, die uns bis heute mehr oder weniger intensiv begleitet: Wenn wir die eingeschränkten und einseitigen Konzepte der Green Economy kritisieren, können wir dann denselben Begriff nutzen? Oder umgekehrt: Wie grenzen wir uns ab, wenn wir ihn benutzen? Durch Anführungszeichen? Durch erläuternde Fußnoten? Aus pragmatischen Gründen, um anschlussfähig zu bleiben, aber auch in Ermangelung eines anderen Begriffs, der unsere Perspektiven widerspiegelt, trotzdem kurz und knapp ist und mit dem die Menschen, die wir ansprechen wollen, etwas anfangen können, haben wir uns für die Beibehaltung des Begriffs entschieden – allerdings mit anhaltenden Bauchschmerzen und kontinuierlichen Abgrenzungen.

Hürde Nr. 2: Der größte oder kleinste gemeinsame Nenner. Der Projektträger genanet und seine vier Partnerinnen (neben dem Deutschen Frauenrat die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, der Frauenpolitische Rat des Landes Branden-

burg sowie der Verband deutscher Unternehmerinnen) sollten sich auf ein gemeinsames Diskussionspapier zur gender_gerechten Green Economy einigen, das dann die Grundlage für die weitere Verbreitung und hoffentlich vielen Diskussionen innerhalb und außerhalb der beteiligten Organisationen sein sollte. Die Fachfrauen aus dem Beirat (Prof. Uta Meyer-Gräwe, Prof. Ines Weller, Dr. Gülay Çağlar, Dr. Friederike Habermann sowie Daniela Gottschlich vom Institut für Nachhaltigkeitsteuerung der Leuphana Universität Lüneburg) waren nicht nur am Entwurf des Papiers beteiligt, sondern bereicherten auch die internen Diskussionen. Dass es nicht einfach war, einen Kompromiss zu finden, der von feministischen Ökonominnen bzw. Wachstumskritikerinnen und Unternehmerinnen gleichermaßen getragen wird, muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Trotz aller Schwierigkeiten: Es gibt ein gemeinsames Papier! Und dies wird inzwischen vielerorts diskutiert.[1]

...und seine Ergebnisse

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass es nicht reicht, an einer Stellschraube zu drehen, um die multiplen Krisen zu bewältigen. Stattdessen gilt es, das Gesamtsystem und die Wechselwirkungen in den Blick nehmen.

Deutlich grenzt sich das Papier ab vom Glauben an einen „technical fix" ebenso wie an den „Entkoppelungsmythos", denn Wachstum ohne Steigerung des Ressourcenverbrauchs hat sich bisher als illusorisch erwiesen: Effizienzsteigerungen werden entweder gesamtgesellschaftlich von Konsumsteigerungen überkompensiert („Rebound-Effekt") oder in Schwellenländer exportiert („rich-country-illusion"-Effekt). Die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung wird als eine der weiteren Herausforderungen genannt, die ein business as usual unmöglich machen.

Dabei sind Ressourcen-, Klima- sowie Finanzkrise nicht die einzigen schweren Krisen, denen es gegenzusteuern gilt. Zwei weitere werden ausgeführt: Zum einen das Versagen, physische Grundbedürfnisse abzudecken und den Hunger, den fast eine Milliarde Menschen erleiden, zu beseitigen. Zum anderen die angesichts des Anstiegs von diagnostizierten Depressionen offensichtlich unzureichende Befriedigung psychischer Grundbedürfnisse. Viele vermissen Zeit, Muße, Sinnhaftigkeit ihres Tuns und soziale Einbettung. Um materiellen Wohlstand zu erlangen, verengt sich die Vielfalt unserer Fähigkeiten auf deren bloße Wettbewerbsfähigkeit und fokussiert sich auf das Verwertbare. Während die einen unter fehlender Erwerbsarbeit leiden, leiden andere unter zu viel davon.

Ein Grund für diese und weitere Krisen liegt in einem Wirtschaftsmodell, in dem gesellschaftlich notwendige Versorgungsarbeit (Care) hauptsächlich im Privaten zu leisten ist. Gut ausgebildete und erwerbstätige Frauen des globalen Westens lösen sich aus diesen strukturellen Zumutungen vermehrt dadurch, dass sie anfallende Fürsorgearbeit an den Markt delegieren. Dadurch ist weltweit eine neue, allerdings höchst fragwürdige internationale Arbeitsteilung zwischen Frauen entstanden („transnationale Versorgungsketten"), die ihrerseits zu einer Verschärfung von sozialer Ungleichheit führt.

Die aktuelle Situation resümierend heißt es in dem Diskussionspapier: „Uns bewusst machend, wie sehr materielles Wachstum auf Kosten von Mitmenschen, auf Kosten der nächsten Generationen und auch auf Kosten unseres eigenen Glücks beruht, wird uns klar, dass wir diesen Weg weder fortsetzen können noch wollen."
Bestehende Initiativen einer „Green Economy" bzw. der jeweils mit konkreten Maßnahmen verknüpften Konzepte von Green New Deal, Postwachstumsökonomie, Postwachstumsgesellschaft etc. werden begrüßt als Ansätze, mit den ökologischen Grenzen bewusst gestaltend umzugehen. Allerdings bleiben damit aber viele Probleme ungelöst, beispielsweise die Krise der Versorgungsarbeit. „Generell misstrauen wir einer technokratischen Politik, bei der ExpertInnen uns sagen, was zu tun ist. Nur eine breite gesellschaftliche Diskussion, die uns alle in Bewegung bringt, birgt das Potenzial für eine umfassende Transformation. Eine Transformation, die trotz materieller Begrenzungen einen gesellschaftlichen Gewinn darstellt."
Bewusst soll mit dem Papier kein Gegenkonzept vorgelegt werden, sondern die Lücken aus gender_gerechter Perspektive aufgezeigt und zur Diskussion aufgerufen werden. Dafür werden folgende Aspekte genannt:

Das Private ist politisch – hat aber auch Grenzen

Dass das Private politisch ist, ist eine alte Erkenntnis der Frauenbewegung. Bei dem eigenen Alltagshandeln zu beginnen, erscheint vielen Menschen selbstverständlich. Doch tun sich dabei schnell Grenzen auf. Nur das private Konsumverhalten in Frage zu stellen, reicht nicht aus. Auch *was* produziert wird, *wie* und *wo* produziert wird, auf welche Weise das Produzierte vermarktet wird und wem der Markterlös zugutekommt, muss hinterfragt werden. Dafür müssen entsprechende Informationen aufbereitet und zugänglich gemacht werden. Transparente Prozesse ermöglichen VerbraucherInnen, Zusammenhänge zu verstehen und bewusste Entscheidungen zu treffen.

Effizienter produzieren und suffizienter leben

Notwendig erscheint, auch die Grenzen der Problembearbeitung zu erweitern: Das Streben nach Effizienz ist nicht ausreichend, sondern muss mit dem Gedanken der Suffizienz ergänzt werden. Also nicht nur: Ließe es sich noch energiesparender produzieren, sondern auch: Wer will und braucht dieses Produkt wirklich und können wir als Gesellschaft die sozial-ökologischen Konsequenzen tragen?
In diesem Sinne ist nicht nur die Höhe des Materialeinsatzes (Inputs) und die Effizienz der Verarbeitungsprozesse entscheidend, sondern auch, was dabei herauskommt (Output): neben dem gewünschten Produkt auch Müll, Lärm, Emissionen sowie die Arbeitslast, die Konsumspirale und allgemein die mit Wachstum einhergehenden Zwänge. So kann ein Bewusstsein dafür entstehen, welche Konsequenzen ein Lebensstil bzw. ein Produkt hat.

Soziale Anerkennung und neue Lebensentwürfe jenseits des Erwerbszwanges

Im individuellen Bereich muss die soziale Anerkennung suffizienter Lebensstile steigen – Menschen sollten die Möglichkeit haben, nicht „immer mehr haben wollen zu müssen" (Uta von Winterfeld). Nur so sind vielfältige, weniger von dem starren Konzept Erwerbsarbeit geprägte Lebensentwürfe möglich. Ausgewogener Zeitwohlstand ist dabei Ziel und Voraussetzung zugleich für ein ressourcenleichteres Leben. Dies gilt für Frauen wie für Männer – Suffizienz ist nicht das weibliche Pendant für eine männliche Effizienz; eine Feminisierung der ökologischen Verantwortung weisen wir ebenso von uns wie ein genderspezifisches Auseinanderfallen der Lebensentwürfe.
Auch ein rein individualisiertes, moralisierendes und auf Verzichtsethik reduziertes Verständnis von Suffizienz lehnen wir ab. Stattdessen verstehen wir Suffizienz als Leitfaden für die Analyse gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen: nicht automatisch wachstumslogisch getriebenen Ansätzen von Politik und Wirtschaft folgen zu müssen, welche stets nur die produktiven Seiten betonen und die destruktiven unsichtbar machen.

Wertschätzung der Ressourcen und Re-Lokalisierung der Produktion

Für einen anderen Umgang mit der Natur, den natürlichen Systemen und Rohstoffen stellen der Umbau auf erneuerbare Energien und der Fokus auf Erhalt statt auf Neuproduktion sowie das Schließen von Stoffkreisläufen notwendige, aber nicht hinreichende Bausteine dar. Eine andere Wertschätzung vorhandener Rohstoffe und der Respekt vor allem Lebendigen erfordern eine neue gesamtgesellschaftliche Logik.
Durchschnittsberechnungen wie die des „ökologischen Fußabdrucks" können hilfreich sein, verschleiern jedoch zum einen deutliche Unterschiede zwischen Geschlechtern, Schichten usw. Zum anderen blenden sie aus, dass ein Großteil der Schädigung nicht durch Einzelne erzeugt wird und nicht den Wohlstand der Einzelnen mehrt. Eine Re-Lokalisierung der Produktion würde ökologische Probleme bereits in gewaltigem Umfang reduzieren.

Ethische Finanzmärkte

Mehr als die Hälfte des Umsatzes der hundert größten transnationalen Unternehmen wird in der Öl- und Autoindustrie sowie dem Flugzeugbau erwirtschaftet. Gleichzeitig tragen sie maßgeblich zur Klima- und Ressourcenkrise bei. Andere Sektoren, wie Rüstung, Atomkraft oder Gentechnologie, gelten vielen sogar als an sich gefährlich. In all diese Branchen fließen in hohem Ausmaß Subventionen und Fördermittel. Die ‚Abwrackprämie' zur Stützung der Automobilindustrie in der Finanzmarktkrise ist nur ein Beispiel dafür. Diese Finanzmittel sowie Fantasie und Forschungswillen könnten anderweitig eingesetzt werden. Doch wie auch immer dies im Einzelnen

diskutiert wird – oft besteht unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine Spannung zwischen unternehmerischer Rendite und gesellschaftlicher Wünschbarkeit bzw. gesellschaftlichen Anforderungen von Investitionen. Dies gilt ebenso für den Finanzmarkt. Die offene Frage lautet: Wie kann ein Umbauprozess vorangebracht werden, der ethische Kriterien und Partizipation einschließt?

Sorglosigkeit versus Für-/Vorsorge

Gepaart ist die der Wachstumslogik inhärente Maßlosigkeit mit Sorglosigkeit. Fürsorge und Vorsorge sind Prinzipien einer Care Economy, die sowohl asymmetrische Beziehungen berücksichtigen – wie etwa die Sorge für Kinder, alte und kranke Menschen – als auch Verantwortung für jene übernehmen, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können: sei es die Umwelt, seien es zukünftige Generationen. Die Logik der Effizienz wird im Bereich der Care Ökonomie absurd. Wachstumssteigerungen sind hier kaum möglich. Als Erwerbsarbeit z. B. in Form personenbezogener Dienstleistungen erbracht wird sie meist unterbezahlt; wo nicht, gilt sie als nicht produktiv, denn sie trägt nicht zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Damit ist sie ähnlich ausgegrenzt, unsichtbar und abgewertet wie die aus den ökonomischen Berechnungen auf die Allgemeinheit abgewälzten Naturzerstörungen. Das heißt, die Marktökonomie verwertet die vielfältigen produktiven, überwiegend von Frauen erbrachten Care-Leistungen ebenso wie die Produktivität der ökologischen Natur zwar permanent, schließt sie jedoch aus den makroökonomischen Modellen zur Bestimmung der gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion systematisch aus (Externalisierung).
Bislang unbezahlte Versorgungsarbeit mit einzubeziehen, kann teilweise eine sinnvolle Forderung sein, aber um eine Monetarisierung der Sorgeökonomie kann es nicht gehen. Stattdessen gilt es, das Prinzip der Externalisierung zumindest abzuschwächen – und all jene vielfältigen gesellschaftlichen Tätigkeiten, die nicht der formellen Ökonomie zugerechnet werden, aufzuwerten.
Es geht um die Auflösung der traditionell nach Geschlecht getrennten Lebenswege sowie um eine Neujustierung sämtlicher lebenslaufbegleitender Institutionen, sodass die Verbindung von Bildungs-, Erwerbs- und Sorgearbeit als Grundmuster der Biographie einer Person und zwar unabhängig vom Geschlecht in unterschiedlichen Mischungen und mit flexiblen Übergängen gelebt werden kann.
Das zwingt zur Neubewertung sämtlicher gesellschaftlich notwendiger Arbeitsformen und damit untrennbar verbunden zu einer grundsätzlichen Umgestaltung der bestehenden Geschlechterordnung moderner Gesellschaften.

Wie geht es weiter?

Das Diskussionspapier ist seit seiner Fertigstellung im Herbst 2011 bei vielen Gelegenheiten diskutiert worden, auf Mitgliederversammlungen von Frauenverbänden ebenso wie auf nationalen und internationalen Tagungen zu Nachhaltigkeit. Wie alle Konsenspapiere stellt es den größtmöglichen gemeinsamen Nenner dar – und bie-

tet sich geradezu an, es mit zusätzlichen Stellungnahmen, Eckpunkten und Anmerkungen zu ergänzen. Zwei solcher Konkretisierungen durch am Projekt beteiligte Organisationen seien kurz vorgestellt.

Die erste stammt von genanet selbst und befasst sich u.a. mit staatlichen Flankierungen eines Transformationsprozesses in eine gender_gerechte Postwachstumsgesellschaft:

Erstens finanziell: Nur wenn Menschen sich um ihr materielles Überleben nicht sorgen müssen, können sie sich entscheidungsfrei fühlen und Potenziale ausschöpfen. Zweitens zeitlich: Eine gender_gerechte, sozial abgesicherte Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit in selbstbestimmten Formen schafft individuell und gesellschaftlich Freiräume von Wachstumszwang. Drittens (infra)strukturell: Zum einen geht es hierbei um die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Wasser, Energie, Bildung, Kultur, Sport, Mobilität und Gesundheit sowie um eine generelle Stärkung der Sorgearbeit. Zum anderen geht es um die Einrichtung einer auf soziale Nutzung ausgerichteten Infrastruktur, welche Ansätze solidarischen Wirtschaftens auf lokaler und regionaler Ebene erleichtert. Voraussetzung wäre hier jeweils die Transparenz politischer Prozesse sowie der politische Wille, demokratisch getragene Transformationen auch strukturell zu unterstützen. Viertens, und nicht zuletzt, demokratisch: Es müssen neue Partizipationsmodelle gefunden werden, die unterschiedliche Interessenlagen berücksichtigen und faktische Gestaltungsmöglichkeiten darstellen.

Die zweite Konkretisierung findet sich in dem von der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates verabschiedeten Eckpunktepapiers. Hier werden folgende Aspekte genannt: Erstens eine neue Gesellschaftsphilosophie geteilter und gerechter Sorge (Care-Ethik); dafür brauche es neue Modelle der Existenzsicherung, um selbstbestimmte Entscheidungen zu ermöglichen, und eine gerechte Verteilung zwischen Geschlechtern und Generationen. Zweitens eine Veränderung der Produktions- und Konsummuster bei Stärkung regionaler Kreisläufe; dabei seien die Interessen und Handlungsoptionen von Frauen zu berücksichtigen. Drittens dürfe niemand von der Nutzung lebensnotwendiger Ressourcen ausgeschlossen werden, beispielsweise durch Privatisierungen. Viertens sollten öffentliche Versorgungsstrukturen nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden; entsprechende Rahmenbedingungen seien zu schaffen. Fünftens müsse Haushaltspolitik hinwirken auf ökologische, soziale und geschlechtergerechte Nachhaltigkeit, beispielsweise durch Gender-Budgeting. Und schließlich, so auch hier, beinhalte eine wahre Wohlstandsmessung andere Dimensionen als nur materiellen Besitz.

Aber auch in dem Projekt geht die Arbeit weiter. Erstellt wurde ein weiteres Papier explizit zum Verhältnis von Care und Green Economy. In diesem wird anhand zweier konkreter Beispiele – Sorge für Ältere und Sorge für die Natur – aufgezeigt, welche Konsequenzen eine Ausrichtung am Prinzip Care hat und worin der Unterschied zu einer rein „grünen Ökonomie“ liegt. Das erste, vorläufige Fazit: „Die Care-Logik lässt sich nur schwer in die herrschende, zu ihr größtenteils im Widerspruch stehende Logik des Marktes integrieren. Doch dort, wo es gelingt, wirtschaft-

liches und politisches Handeln an einer Fürsorgerationalität auszurichten, führt sie zu einer Veränderung des Bestehenden und stellt Wirtschaften (wieder) in den Dienst von Lebensprozessen und gutem Leben für alle“ (Gottschlich 2012). Auch hier gilt: Diskussionen darüber sind vorprogrammiert und erwünscht.
In Planung sind Workshops, mit denen stärker auf die Praxis fokussiert werden soll: Wo gibt es bereits Formen konkreter Umsetzung, wo können wir ansetzen oder uns andocken, was können wir tun, um die notwendige gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation voranzutreiben?
Auch auf internationaler Ebene laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Von Seiten der Frauen gibt es umfangreiche Positions- und Forderungspapiere, werden Stellungnahmen zum ersten Entwurf („zero draft“) des Schlussdokumentes geschrieben, konkrete Textvorschläge zur Integration der Genderperspektive erstellt. Zwangsläufig bleiben diese auf einer eher allgemeinen Ebene, das heißt es wird kaum konkretisiert, was mit einer „systematischen Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit bei der Transformation hin zu einer Green Economy“ gemeint ist. Dies ist bei einem Dokument, das für 190 Staaten gültig sein soll, wohl auch nicht anders möglich. Für uns ist dies aber der Grund, unsere Ressourcen nicht in die zähen internationalen Verhandlungen zu investieren, sondern die Diskussionen auf nationaler Ebene voranzutreiben und einen Beitrag dazu zu leisten, dass nicht nur die grüne Ökonomie bunt und gender_gerecht wird, sondern ebenso Abstand von tradierten ökonomischen Paradigmen nimmt.

Anmerkung

1 Das Diskussionspapier wie auch die weiteren Konkretisierungen sind unter www.genanet.de/greeneconomy.html einsehbar.